

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur
 Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
 Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
 Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
 Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
 Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.

Nr. 16.

Donnerstag, den 20. Januar 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die Summe des deutschen Wapfergeldes im Ausland beträgt zusammen mit den vom Ausland gewährten Krediten etwa 70 Milliarden Mark.

Die gestern in Berlin tagende Vorstandskonferenz der Gewerkschaften wählte gestern den früheren württembergischen Arbeitsminister und Leiter des Holzarbeiterverbandes Theodor Weispart anstelle des verstorbenen Rejzen zum Vorsitzenden des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes.

Nach einer Warschauer Meldung will das polnische Ministerium die früheren deutschen Gebietsstellen von Westpreußen und Posen mit Oberbefehlshaber bereinigen und Autonomierechte gewähren.

Nach einer Meldung aus Costa Rica ist in San Jose gestern das Abkommen über den zentralamerikanischen Bund durch die Bevollmächtigten von Costa Rica, Guatemala, Honduras, Nicaragua und San Salvador unterzeichnet worden.

Amerika, der Bankier der Welt.

Seit einigen Tagen ist eine auffallende Aufwärtsbewegung der Markt an sämtlichen Auslandsbörsen, so vor allem in New York, Paris, Zürich und Amsterdam, festzustellen. Die Gründe hierfür liegen vornehmlich teils in der New Yorker Marktspekulation, teils in dem Absinken des holländischen Kreditkollens. Die Aufwärtsbewegung zeigte sich auch bei den Berliner Großbanken im gestrigen Vormittagsverkehr, wo in Auslandswechseln starkes Angebot war.

Als die Amerikaner sahen, daß nach dem Weltkriege niemand außer ihnen mehr große Reichtümer besaß, kamen sie auf den Gedanken, hartherzig zu werden und all ihr Geld nur noch in der eigenen Wirtschaft arbeiten zu lassen, da das verarmte, in sich stets uneligierte Europa doch keinen Kredit mehr verdiene. Aber auf Geldböden schläft es sich nur schlecht. Die Amerikaner merken bald, daß zwar niemand sie hindern konnte, ihr Geld für sich zu behalten, und damit eine umfangreiche Produktion im eigenen Lande zu organisieren, daß aber infolge dieser Handlungsweise niemand mehr imstande sein würde, ihnen die produzierten Waren abzunehmen. Je größer der amerikanische Reichtum an Geld und Waren wurde, desto mehr stieg der Dollar im Kurse gegenüber allen anderen Währungen der Welt. Aber gerade die Valutalibermacht des Dollars raubte den Abnehmern der amerikanischen Waren immer mehr die Kaufkraft. Amerika geriet in eine gewaltige Absatzkrise, die die ganze Produktion des Landes, Industrie, Landwirtschaft und Handel aufs schwerste erschütterte. Die Amerikaner merkten, daß sie nur dann die Warenlieferanten der Welt sein könnten, wenn sie zugleich ihr Bankier zu werden sich herbeiließen. Denn die Welt, d. h. vor allem das valutaranke, aber warenahungrige Europa, kann nicht mehr gegen Barzahlung kaufen, sondern ist auf Kreditgewährung durch den Warenlieferanten angewiesen.

Seitdem diese Wahrheit von der amerikanischen Handelswelt begriffen worden ist, haben die Amerikaner schnell umgelernt. Sie sind jetzt bereit, Europa mit großen Krediten zu helfen, trotzdem es noch immer so uneligierte ist wie zuvor, und trotzdem seine Kreditwürdigkeit inzwischen ganz gewiß auch nicht größer geworden ist. Man hat in Amerika unter Führung der maßgebenden Industrie- und Handelsorganisationen des Landes eine Außenhandelsbank ins Leben gerufen, der zur Finanzierung des amerikanischen Exportgeschäftes Kapital bis zu einer Milliarde Dollar zur Verfügung gestellt worden ist. Das ist in die deutsche Valuta umgerechnet, fast soviel, wie der gesamte deutsche Wapfergeldumlauf beträgt. Amerika hat sich auf seine Position als Weltbankier noch rechtzeitig besonnen. Aber noch eine andere gute Folge hat die amerikanische Geschäftskrise gehabt. Seitdem die Amerikaner gemerkt haben, daß die Valutalibermacht des Dollars, auf die sie anfangs überaus stolz waren, ihnen im internationalen Warenhandel so wenig förderlich ist wie etwa der Freiherrnittel einem Pferdehändler, legen sie auf die Erhaltung des hohen Dollarkurses keinen so großen Wert mehr. Sie sind vielmehr bestrebt die allzu schwachen europäischen Valuten mit ihren gewaltigen Geldkräften zu stützen, damit die gedarmten Europäer sie von dem Warenüberfluß, in dem sie ersticken, wieder befreien können. Von diesem Bestreben hat auch die deutsche Markt in erfreulicher Weise Nutzen gezogen. Der Markt für in New York ist von 1.22, dem Mitte November erreichten Tiefstande, bis auf 1.85 emporgedrückt worden. Die Folge davon ist, daß man jetzt in Berlin den Dollar wieder für 82 Mark kaufen kann, während man vor zwei Monaten noch 84 Mark bezahlen mußte. Die Wirkungen werden sich bald zeigen: Deutschland wird mehr amerikanische Produkte kaufen können, Amerika aber wird seinen Warenüberfluß los werden und wieder produzieren können. Beide Teile finden dabei wirtschaftlich ihren Vorteil. Nicht

Blöße und Not, sondern Hunger und Durst regieren eben die Wirtschaftshandlungen der Völker.

Was Loucheur von uns verlangt.

Deutschland soll in Zwangsverwaltung genommen werden.

Die Frage der Wiederherstellung spielt in der französischen Presse eine außerordentliche Rolle. Von größter Wichtigkeit ist die Erklärung, die der neue Minister für die besetzten Gebiete Loucheur in einer Unterredung abgab, die er mit einem Vertreter des Journal hatte. Loucheur sagte aus: Die Gläubiger Deutschlands sind entschlossen, selbst Angebote zu machen. Was wird Deutschland machen? Man muß abwarten, da man ihm eine Frist gewährte. Aber es besteht Aussicht, daß wir keine Genugtuung erhalten. Das Ziel Deutschlands ist klar: Es will dem Bankrott zutreiben. Die Regierungskreise in Berlin stellen sich vor, daß, wenn die wirtschaftliche Lage sich verschlechtern kann, wenn keine wirklichen finanziellen Anstreichungen gemacht werden, um die Finanzen zur Befundung zu bringen, wenn die Regierung sich nicht für das Defizit interessiert, das jeden Tag zunimmt, wenn sie den Wert der Mark durch ständige Ausgabe von Papiergeld vermindert, daß sie dann in einigen Monaten der Entente sagen kann: Ich will nicht mehr! Nehmt selbst die Rettung meiner Angelegenheiten in die Hand. Dies darf man nicht abwarten. Man muß Deutschland eine kategorische Drohung zugehen lassen.

Man muß von den Zuständen der Dinge in Deutschland Kenntnis nehmen. Die Entente wird Deutschland liquidieren und Deutschland wird von der Entente ernsthaft liquidiert werden.

Frankreich ist an der wirtschaftlichen Wiedergeburt Deutschlands interessiert wie die deutsche Regierung selbst. Aber man wird gut tun, die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Zunächst wird man die Mark in vier oder fünf Teile teilen, um ihren wahren Wert zu heben. Warum sollte man von Milliarden sprechen, wenn die Währung in Wahrheit ihren Einkaufswert verlor? Ist es Tatsache, daß die Eisenbahn ein jährliches Defizit von 20 Milliarden hat? In Frankreich wurden die Transportkosten erhöht. Warum soll die deutsche Bevölkerung nicht dieselben finanziellen Lasten tragen? Dasselbe gilt auch von der Post. Dann wird das deutsche Budget sorgfältig kontrolliert,

damit der deutsche Steuerzahler mindestens ebensoviel wie der französische zu zahlen hat. Es werden alle Maßnahmen ergriffen werden, daß die Steuern regelmäßig bezahlt werden. Die Zahlung der deutschen Entschädigung kann nicht nur in Fertigwaren bestehen, weil dann die französische Industrie sich nicht wieder erheben kann. Die einzige Lösung kann die Bezahlung in Kohlen sein. Ich habe die Ergebnisse der deutschen Kohlenförderung in den letzten fünfzig Jahren, die Bedürfnisse der deutschen Industrie und der Neutralen geprüft und bin dahin gekommen, daß Deutschland jährlich für acht Milliarden Kohlen liefern kann. Zwei weitere Milliarden können an chemischen Produkten, Ölen und Steuern auf die Ausfuhr gewonnen werden. Jetzt hat Frankreich Deutschland die Erklärung abzugeben, daß es entschlossen ist, alles zu tun, um die Bezahlung zu erhalten.

Von diesem neuen Minister werden wir also allerlei Erpressungen und Drohungen zu erwarten haben. Seine Vorgänger haben uns mit Ruten gedroht, er aber wird uns mit Storpionen züchtigen, um ein Bibelwort anzuwenden.

Zur Frage der Strafbarkeit der Drohung mit Beamtenstreik.

Hierzu hat das Reichsgericht in einer kürzlich veröffentlichten Entscheidung Stellung genommen und folgendes ausgesprochen: Nach § 114 des Str.-G.-B. wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft, wer es unternimmt, durch Gewalt oder Drohung eine Verhinderung oder einen Beamten zur Vornahme oder Unterlassung von Amtshandlungen zu nötigen. Der Begriff der Drohung im Sinne dieser Bestimmung erfordert nicht notwendig, daß dem Bedrohten als Übel rein persönlicher Natur die Verhinderung oder Unterlassung, vielmehr kommen auch solche Nachteile in Betracht, die das Wohl und die Sicherheit der Allgemeinheit treffen würden, und zwar jedenfalls dann, wenn die Wahrung der von der Drohung betroffenen allgemeinen Interessen dem bedrohten Beamten obliegt oder wenn die Gefährdung der Interessen irgendwie eine benachteiligende Wirkung innerhalb des Arbeitskreises des Beamten zu äußern vermag. Diese Voraussetzung hat das Reichsgericht in einem Fall als erfüllt angesehen, in dem die Polizeibeamten einer Stadt vom Bürgermeister die Vornahme bestimmter Amtshandlungen mit der Androhung verlangten, anderenfalls sämtlich in den Streik zu treten. Dabei hat man zugunsten der Beamten angenommen, daß sie der Meinung waren, ein Recht zum Streik zu besitzen, und daß sie sich der Rechtswidrigkeit ihres Verhaltens nicht bewußt gewesen sind. Dies konnte jedoch an der Beurteilung nicht ändern, da § 114 des Str.-G.-B. nicht die Drohung mit einer widerrechtlichen oder gar strafbaren Handlung verlangt, sondern

die freie Willensentscheidung der Bedrohten und Bedrohten gegen Drohungen jeglichen Inhalts sichern will. Nur Strafbarkeit genügt es danach, daß die Angeklagten mit dem Bewußtsein gehandelt haben, daß die Furcht vor den Wirkungen des Streiks geeignet war, die Willensbestimmung des Bürgermeisters zu beeinflussen, und daß sie die Erregung dieser Furcht und damit einen Zwang auf seine Entscheidungen bezweckt haben.

Lebhafter Reichstagsbeginn.

Für die erste Sitzung nach den Weihnachtsferien war der Saal gestern recht gut besetzt — im Anfang. Als später bei dem einzigen Punkt der von der langen Tagesordnung übrig blieb, der Unabhängige Sozialdemokraten, den Antrag seiner Partei (Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern) ausbreitete und zu wenig schlagfertig begründete, schloß der Saal wieder in der altbekannten Weise. Im Anfang hatte Herr Böbe in würdigen Worten des 18. Januar und der vor 50 Jahren erfolgten Schaffung des einheitlichen Deutschlands gedacht, und unter dem Beifall des Hauses der Hoffnung auf eine bessere Zukunft Ausdruck verliehen. Obwohl er mit deutlichem persönlichem Vorbehalt gefogt hatte, daß das vollendete Werk die Hoffnungen des deutschen Idealismus nur teilweise und in ganz anderer Form erfüllt habe, hörte man schon von ganz links bei den Neukommunisten großen Protest, der zu wüsten Zwischenrufen anschwellte, als es Böbe obenbrein noch unternahm, auch des Todes Bethmann-Hollwegs in angemessener Form Erwähnung zu tun, und Dr. Rebi hatte sich dann auch der Aufgabe zu entledigen, ganz formell Widerspruch einzulegen. Das gestaltete sich natürlich wieder zu einer Attade auf die verrottete bürgerliche Gesellschaft und zu einem Hymnus auf den Kommunismus. Die Antwort waren stürmische, tollmäßige Schlußrufe — im ganzen also ein recht lebhafter Anfang. Aber auch später gingen die Erörterungen parlamentarischer Wallungen noch rechts nach links und umgekehrt. Adolf Hoffmann war embört, weil der Reichsminister noch für eine noch Möglichkeit zurückhaltende Behandlung der Frage des bayerischen Belagerungszustandes eintrat und davon abriet, daß der Reichstag in die Wägen des Reich und Bayern schwebenden Verhandlungen eingreife, und als gar namens Bayerns der bisherige Staatssekretär Speyer seine Regierung sifrig zu verteidigen unternahm, hatte er ständig gegen sehr starke Unterbrechungen von ganz links anzulämpfen. Sachlich gab er die Versicherung ab, daß der Belagerungszustand möglichst milde gehandhabt und möglichst bald aufgehoben werden müsse. Für die bayerische Volkspartei legte den Reigen der bayerische Sachverständige Abg. Emminger fort, der natürlich das Verhalten des Kabinetts sehr begreiflich fand und verteidigte. Seine Rede erregte wegen ihrer Länge sichtlich die Empörung eines Tribünenbesuchers der seinen Empfindungen durch sehr bemerkbare Wischentrue Ausdruck gab. Die nächste Sitzung findet am heutigen Donnerstag statt.

Amnestiedebatte im sächsischen Landtage.

Die Abgeordneten wurden gestern erstmalig durch eine Strene zusammengerufen, die laut durch das ganze Haus ert. Vom Direktorium wurde mitgeteilt, daß an Stelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Wahrenbrecher Gustaf Meißner in die Kammer eingetreten ist. Sodann beschäftigte sich der Landtag mit den Amnestieanträgen der Unabhängigen und Kommunisten. Die Unabhängigen fordern den Erlass eines allgemeinen Landesamnestiegesetzes das die Kommunisten auf § 114 und auf alle Verbrechen, selbst auf Mord und Brandstiftung, ausgedehnt wissen wollen, sofern sich diese Delikte nur irgendwie politisch erklären lassen. Die Unabhängigen bemerken bei der Begründung, daß sie auch alle Vergehen wegen Landesverrats und auch Kartatellverbrechen amnestiert wissen wollen, wobei dem unabhängigen Redner Merke das bemerkenswerte Geständnis einschleppte, daß, wer die Macht habe, sie denken müsse, um die Befehle in seinem Interesse durchzuführen. Der kommunistische Redner Langrock machte die Regierung bei der Begründung der kommunistischen Entwürfe in nicht mißzuverstehender Weise darauf aufmerksam, daß sie ja nur unter der Bedingung gewählt wäre, auch einen Befehlswort über eine allgemeine Amnestie einzubringen.

Gegenüber dem Vorredner betonte Justizminister Dr. Harnisch, daß eine Amnestie mit einer außerordentlich großen Verdächtigung verbunden sei, und man zunächst feststellen müsse, wie eine Amnestie wirkt, ob dadurch vielleicht eine neue Gefahr entsteht und ob die heutige Lage so entspannt sei, daß sie eine solche Befreiung vertrage. Er erklärte, daß nach seiner Meinung die Verhältnisse sich noch nicht so beruhigt hätten, daß politische Verbrechen begnadigt werden könnten. An der Hand einer außerordentlich lehrreichen Statistik führte er aus, daß die Zahl der Vergehen und Verbrechen seit der Revolution außerordentlich gestiegen sei. Aus der weiteren Ausföhrung war bemerkenswert, daß selbst der mehrheitssozialistische Red-

kaufe ich
 en
 en
 tt
 h,
 ng!
 htung!
 3.50 DR.
 2.75
 6.-
 7.-
 8.-
 5.-
 4.-
 1.50
 6.50
 reifen!
 nn,
 raße.
 !
) 50 DR.
 40
 reibe.
 1917. 36.
 A!
 hino
 —
 straf!
 eit —
 or Sie
 t und
 ertret
 3.11
 af 488.